

Das große Ja

USA | Präsident Joe Biden stellt sich vorbehaltlos hinter Israel und weiß zugleich, dass ein weitgehend zerstörter Gazastreifen nicht im US-Interesse liegen kann

von Konrad Ege

Es heißt, die Hoffnung stirbt zuletzt. Beim Blick auf das Morden der Hamas in Israel und die Katastrophe in Gaza wächst die Angst, die Hoffnung könnte bereits gestorben sein. Viel hängt von Joe Biden ab, der nach Israel gereist ist, aber darauf verzichten muss, wie vorgesehen auch Jordaniens König Abdullah und den palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas zu treffen. Beide haben abgesagt, nachdem ein Krankenhaus in Gaza getroffen wurde, und es Hunderte von Toten gab.

UN-Generalsekretär António Guterres hat in einem Gastbeitrag für die *New York Times* an die israelische Regierung appelliert, ihren Befehl zu überdenken, eine Million Menschen im Norden des Gazastreifens müssten ihre Wohnorte verlassen. Humanitäre Hilfe sollte erlaubt, alle Geiseln müssten freigelassen, die Zivilbevölkerung dürfe nicht als Schutzschild benutzt werden, verlangt der Spitzendiplomat. Man stehe vor einer „katastrophalen Eskalation“. Das Leid, welches die Palästinenser fühlten, sei keine Rechtfertigung für Terror gegen Zivilisten in Israel, aber zugleich rechtfertigten die entsetzlichen Taten der Hamas keine „kollektiven Strafen für das palästinensische Volk“. Ein solches Statement hat es schwer in der US-Politik. Gegenwärtig erstickt die menschenverachtende Hamas-Angriffe vom 7. Oktober so gut wie alles, was nach einer „alternativen Nahost-Politik“ aussehen könnte. Der US-Präsident, eigentlich kein Fan von Premierminister Benjamin Netanjahu, der – wie Biden einmal sagte – „eine der extremistischsten Regierungen“ in Israels Geschichte anführe, hat rückhaltlos Beistand gegen „den Akt des reinen Bösen“ versprochen.

Vorsichtige Anfragen

In der Republikanischen Partei mit ihrem rechtschristlichen Flügel gilt Vollerunterstützung für Israel; man denke an Donald Trumps Entschluss von 2018, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Bei den Demokraten ist nach dem 7. Oktober die vorsichtige Debatte über eine andere Nahost-Politik leise geworden. So schrieb Deborah Lipstadt, US-Beauftragte für den Kampf gegen Antisemitismus, niemand habe „das Recht, Israel zu sagen, wie



US-Präsident Joe Biden trifft am 11. Oktober Vertreter jüdischer Gemeinden im Weißen Haus

es sich zu verteidigen und künftige Angriffe zu verhindern hat“. 55 demokratische Abgeordnete wandten sich am 13. Oktober an Biden mit ihren Sorgen angesichts der humanitären Situation im Gazastreifen. Sie dankten für die „Unterstützung unseres Verbündeten Israel“ und drängten den Präsidenten, er solle der israelischen Regierung mitteilen, Israel müsse Rücksicht nehmen auf die „Millionen unschuldigen Zivilpersonen in Gaza, die selbst Opfer von Hamas sind“. Zugleich habe Israel das Recht, sich gegen den grausamen Hamas-Angriff zur Wehr zu setzen.

Zwei Abgeordnete stellten sich zur Empörung ihrer Kollegen quer. Cori Bush aus Missouri forderte, die US-Regierung müsse ihre „Hilfe für die israelische Militärbesatzung und Apartheid einstellen“. Sie trauere

um „palästinensische und jüdische Opfer“, erklärte die Abgeordnete Rashida Tlaib. Der „herzzerbrechende Kreislauf der Gewalt“ würde weitergehen, solange die USA „der Apartheid-Regierung Milliarden ohne Auflagen“ bereitstellen.

Biden hat vor seinem Flug nach Israel mit Netanjahu telefoniert, Details der Militärhilfe erörtert und zugleich Unterstützung für alle Maßnahmen zugesagt, mit denen Zivilisten geschützt werden. Das linke Magazin *Jewish Currents* beschrieb Bidens Nahost-Politik vor den Hamas-Morden als „Balanceakt“. Seine Administration habe bestimmte Maßnahmen der Netanjahu-Regierung verurteilt, ohne die Beziehung insgesamt umzustößeln. Regierungsvertreter behaupteten, man habe bei den Verhandlungen mit Israel Schlimmeres

verhindert, schreibt *Jewish Currents*. Doch habe Biden bisher den Eindruck erweckt, er wolle das Palästina-Problem beiseiteschieben. China und Russland seien wichtiger.

Offenkundig träumte das Weiße Haus eher von der Idee, Saudi-Arabien und andere arabische Staaten würden ihre Beziehungen zu Israel normalisieren. Das Projekt der Abraham Accords schien so weit fortgeschritten zu sein, dass 20 demokratische Senatoren Anfang Oktober Besorgnis wegen einer Übereinkunft Israels mit Saudi-Arabien äußerten. Das Königreich werde möglicherweise Sicherheitsgarantien von den USA verlangen. Biden müsse zudem dafür sorgen, dass ein solches Abkommen spezifische Bestimmungen enthalte, um eine Zwei-Staaten-Option im israelisch-palästinensischen Konflikt zu erhalten.

Es heißt, Charles Schumer, der demokratische Mehrheitsführer im US-Senat, wolle ein Gesetzespaket zur Abstimmung bringen, das Hilfe für Israel mit der für die Ukraine, für Taiwan und möglicherweise den US-Grenzschutz bündelt. Er wolle Republikaner ins Boot holen, weil er wisse, dass es gegen Hilfe für Israel keine Widerstände gibt. Manche aus der Oppositions-

Joe Biden hat gewarnt, eine Besetzung Gazas wäre ein schwerer Fehler

partei kritisieren. Biden habe zu wenig getan für dessen Sicherheit. Aber Geld für Taiwan gegen China sowie für den Grenzschutz – das sind republikanische Lieblingsthemen. Bei der Ukraine hingegen wächst unter den Republikanern die Kritik an Bidens Formel „Unterstützung – so lange wie nötig“. Bisher konnten die Unstimmigkeiten darüber im Repräsentantenhaus nur bedingt ausgeglichen werden, da es den Republikanern nicht gelang, einen neuen Sprecher zu wählen. Solange das ausstünde, war diese Parlamentskammer blockiert.

Was gibt es an Hoffnung für Gaza und Israel? Biden wahrt die US-Interessen, wie er sie sieht. Eine Pulverisierung des Gazastreifens mit unabsehbaren regionalen Konsequenzen gehört nicht dazu. Biden hat bereits gewarnt, eine Gaza-Besetzung wäre ein schwerer Fehler. Vielleicht kann er nach seinem großen Ja zu Israel mäßigend einwirken. Der Präsident des hochkarätigen Council on Foreign Relations, der Ex-Diplomat Richard Haass, hat gewarnt, Hamas sei mehr als eine Organisation. Man könne die Führung töten, das Konzept werde weiter existieren. Und die Frage muss gestellt werden, was danach kommen soll, wenn die vielen toten Menschen begraben sind und die Überlebenden mit dem Erlebten weiterleben sollen.

Zwei Fliegen mit einer Klappe

USA II Eine Folge des Nahost-Krieges wird sein, dass Europa mehr für „US-Primacy“ in der Welt vereinnahmt wird

von Hans-Georg Ehrhart

Die Verunsicherung ist groß in Europa, dass Joe Biden sein im August geschnürtes Hilfspaket für die Ukraine von 24 Milliarden Dollar gegen republikanische Hardliner nicht durchbringen wird. Zudem erscheint die Annahme nicht unberechtigt, der Krieg zwischen der Hamas und Israel könne die Ukraine-Politik der USA negativ beeinflussen. Dennoch spricht manches dafür, dass sich daran selbst bei einem republikanischen Wahlsieg 2024 nicht viel ändern wird. Ein wesentlicher Grund liegt in der vom Mainstream in Washington verfolgten Gesamtstrategie, die einem übergreifenden Ziel gilt, das mit allen verfügbaren Mitteln erreicht werden soll: das Bewahren von „US-Primacy“ in der Welt. Nur dies ermöglichte, so das Hauptargument seiner Verfechter, Kernziele umzusetzen, den Schutz des Landes ebenso wie seiner vitalen Interessen, den Erhalt offener globaler Märkte wie die Vermeidung eines Nuklearkrieges.

Seit über zehn Jahren verfolgen die USA eine „Pivot to Asia“-Strategie, ausgerufen von Barack Obama angesichts des rasanten Anwachsens chinesischer Machtressourcen und Pekings erklärtem Ziel, bis 2049 überall weltweit führend zu sein. Mittlerweile sehen die USA in China den Hauptivalen für ihren Führungsanspruch. Ent-

sprechend gilt das Land als größte strategische Herausforderung, während man in Russland bis 2021 einen nahen Konkurrenten („near competitor“) sah, mit dem man sich trotz aller Interessengegensätze arrangieren konnte. Dieses Herangehen – obwohl bereits seit der Krim-Annexion 2014 hinterfragt – endete mit dem russischen Angriff auf die Ukraine. Seither ist Moskau integraler Bestandteil einer auf China bezogenen Gesamtstrategie, die Russland als „unmittelbare und dauerhafte Bedrohung“ beschreibt und seinen Krieg gegen die Ukraine in eine „strategische Niederlage“ verwandeln will. Damit hätte es sich als Großmacht erledigt, wäre als enger Partner Chinas geschwächt und die Volksrepublik gleich mit. So verbindet Washington seinen Eindämmungskurs gegenüber Peking mit umfassenden Sanktionen und einem Höchstmaß an Militärhilfe für die Ukraine. Das Kalkül: Je länger der Krieg dauert, umso höher die Verluste Moskaus, desto instabiler und schwächer wird es sein. Daraus werde sich ein immer geringeres Unterstützungsniveau ergeben, auf das Peking mittel- und langfristig hoffen kann.

Höhere Kosten und Risiken

Der Ukraine soll dabei zum osteuropäischen Bollwerk der euro-atlantischen Welt ausgebaut werden, ähnlich der Rolle Israels in Nahost oder der Taiwans, Japans und Südkoreas in Asien. Europa ist zunächst einmal gehalten, sich selbst und die Ukraine stark aufzurüsten, möglichst mit US-Waffen – eine Forderung, die im Fall einer Eskalation des Nahost-Konflikts noch lauter werden dürfte. Zweitens wird Assistenz für die USA im Indopazifik erwartet. Indem

Washington die euro-atlantische Region mit der indo-pazifischen durch ein dichtes Gewebe von Partnerschaften verknüpft, will es zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Russlands Imperialismus und Chinas Revisionismus, um den eigenen globalen Vorrang zu wahren.

Nur ist die angestrebte „strategische Niederlage“ Russlands so illusorisch wie ein von außen betriebener Regimewechsel. Moskau lässt sich nicht in den Ruin treiben, sondern richtet seine Ökonomie anders aus. Nicht nur der jüngste BRICS-Gipfel führte die Annahme ad absurdum, es ließe sich international isolieren, weder in Afrika, Asien oder Nahost. Der Vorstellung, China durch eine Niederlage Russlands entscheidend zu schwächen, um einer US-Dominanz zu dienen, liegt ein aus dem Kalten Krieg bekanntes Null-Summen-Denken zugrunde, wonach der Verlust des einen den Gewinn des anderen bedeutet. Tatsächlich fördert das die Kriegsgefahr.

Deutschland und Europa spielen bislang nur die Rolle des willfährigen Vasallen. Sie folgen dem US-Kalkül nahezu kritiklos und drohen zu Objekten eines amerikanischen-chinesischen „Great Games“ um globale Vorherrschaft zu werden. Den höchsten Preis bezahlt bisher die angegriffene Ukraine. Ob sie wirklich so lange durchhält, wie sich das US-Strategen erhoffen, ist ebenso fraglich wie die Bereitschaft in den Gesellschaften des Westens, die damit verbundenen Lasten zu tragen. Denn das Ringen um die Vorherrschaft kann noch viele Jahre dauern – je länger, desto höher die Kosten und Risiken für alle direkt und indirekt Beteiligten. Es ist daher höchste Zeit, diesen Irrweg zu verlassen und einer „Grand Strategy“ der USA nicht blind zu folgen.

ANZEIGE



DIE GRÜNE BUNDESTAGS-FRAKTION LÄDT EIN:

POLIZEI IN DER GESELLSCHAFT

Zwischen Prävention, Strafverfolgung und Sozialarbeit

Kongress am 3. November im Deutschen Bundestag und im Livestream

Mit: **Britta Haßelmann**, Fraktionsvorsitzende, **Dr. Irene Mihalic**, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin, **Doreen Denstädt**, Justizministerin Thüringen, **Holger Münch**, Präsident Bundeskriminalamt, **Dr. Barbara Slowik**, Polizeipräsidentin Berlin, **Alexander Oerke**, Polizeibeauftragter Berlin, **Prof. Dr. Tobias Singelstein**, Goethe-Universität Frankfurt a.M., **Franco Clemens**, Streetworker Köln, und vielen weiteren Expert*innen

Info/Anmeldung:
gruene-bundestag.de/polizeikongress23